

# 1. Anfänge europäischer Integration im Zeichen des Kalten Krieges

JÜRGEN KALB

**T**rotz anhaltend niedriger Wahlbeteiligung und Zunahme von europaskeptischen und rechtspopulistisch-nationalistischen Parteien bei den Europawahlen 2014 gilt die europäische Einigung und die Herausbildung der Europäischen Union nach wie vor den meisten der rund 500 Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern als wichtiger Meilenstein in der Entwicklung dieses von Krisen und Kriegen geschüttelten Kontinents. Das Nobelpreiskomitee in Stockholm hat nicht umsonst im Jahre 2012 der EU deshalb für ihre friedens- und freiheitssichernde Funktion den Friedensnobelpreis vergeben. Allerdings wachsen derzeit die Ansprüche an die EU rasant. In Konkurrenz mit den USA und den asiatischen Großräumen soll die EU die Zukunftsfähigkeit des »alten Kontinents« ermöglichen, soll neue Wachstumskraft und Innovationspotenzial generieren, um im globalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Konkurrenzkampf langfristig zu bestehen. Sogar bei den Europa-Enthusiasten droht aktuell Ernüchterung, ja Enttäuschung um sich zu greifen. Der Europäische Einigungsprozess befindet sich – mal wieder – in der Krise. Er drohe, so der gerade wiedergewählte Präsident des EU-Parlaments, Martin Schulz, gar zu scheitern. In die Kritik geraten dabei häufig die Institutionen und komplexen Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union, denen nachgesagt wird, nur sehr schwerfällig und überbürokratisch zu agieren. Nicht selten werden die Brüsseler Strukturen gar als »Moloch« denunziert. Übersehen wird dabei häufig, dass insbesondere diese Institutionen historische Ursachen haben. Die aktuelle Ausgabe von D&E untersucht deshalb die Entstehungsbedingungen der heutigen EU nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Aus unterschiedlichen nationalen aber auch einer europäischen Perspektive werden die Nachkriegsjahre bis zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (»EWG«) im Jahre 1957 rekonstruiert. Von Anfang an gab es dabei ein Ringen von nationalen Souveränitätsansprüchen, von Ansätzen gouvernementaler Kooperation und sogar von Bestrebungen, neue supranationale Strukturen in Europa zu schaffen.

## »Stunde Null« oder »Befreiung vom Faschismus«? Perspektivische Narrationen

Heute wird der militärische Sieg über die nationalsozialistische Herrschaft in großen Teilen von Europa durch die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg fast durchweg als »Befreiung vom Nationalsozialismus« bezeichnet. Allerdings überwogen in der Bundesrepublik Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit zunächst überwiegend Begriffe wie »Zusammenbruch« oder »Stunde Null«, die eher auf die materielle Not, die Zerstörungen, die Demontagen, Flucht und Vertreibung sowie den Aspekt des Neuanfangs verwiesen. In der DDR wurde



Abb. 1 Befreiung (»Liberation«) von Paris am 25. August 1944 von der deutschen Besatzung: Angehörige der Résistance tragen Transparente mit der Aufschrift »Liberation«, »Vives les Allies«, »Vive de Gaulle«. © picture alliance, dpa

die Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus in Erinnerung an den 8. Mai 1945 dagegen von Anfang an als Tag der Befreiung gefeiert. Die DDR beanspruchte für sich, von Anfang an »antifaschistisch« aufgestellt gewesen zu sein, weswegen sie auch keine Verantwortung für die nationalsozialistischen Gräueltaten zu übernehmen bereit war. Dies stieß bei vielen Nachbarn Deutschlands auf Unverständnis.

Der Wandel im Westen wurde insbesondere durch eine Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes in Europa eingeleitet. Nicht mehr »Kapitulation« und »Niederlage«, sondern die »Beendigung der Diktatur« wird seither in den Mittelpunkt des Gedenkens gestellt, obwohl von Weizsäcker in seiner Rede durchaus auf die Zwiespältigkeit des Jahrestages hinwies:

»Wir Deutschen begehen den Tag unter uns, und das ist notwendig. [...] Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit, so gut wir es können, ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit. [...] Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewusst erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft.«

## Perspektivische nationale Narrationen und Multiperspektivität

Dies zeigt, dass die Verknüpfung von in der Vergangenheit liegenden Ereignissen zu einer zusammenhängenden »Erzählung« oder »Narration« stets eine Konstruktion darstellt. Folglich fallen diese Narrationen je nach Standpunkt, Vorgeschichte und Herangehensweise sehr unterschiedlich aus. Und entsprechend vielfältig sind auch die Versuche, historische Narrative für politische Zwe-



Abb. 2 Deutsche Soldaten nach der Kapitulation auf dem Weg in die sowjetische Kriegsgefangenschaft. Foto, Mai 1945 © picture alliance, dpa

cke zu instrumentalisieren. Auslassungen, Fäschungen, Heroisierungen oder Dämonisierungen kommen ebenso vor wie perspektivische Traditionsbildung. Insbesondere im 19. Jahrhundert, dem Zeitalter der Nationalstaatsbildung und der europäischen Kolonialmächte, legten auch viele »verspätete« Nationen wie etwa das Bismarck-Reich ab 1871 größten Wert darauf, über die Medien, das Militär, den Beamtenapparat und dort vor allem die Schulen und den Geschichtsunterricht, nationale Identitäten zu bilden, ja sie regelrecht zu verordnen. Peter Graf Kielmannsegg hat diese Prozesse treffend als »sehr langwierige Wachstumsprozesse« charakterisiert, woraus er z. B. folgert, dass es trotz eines halben Jahrhunderts europäischer Integrationsgeschichte noch nicht gelungen sei, eine »belastbare Identität der Europäer« herauszubilden, zu dominant werde noch lange Zeit die nationale Identität bleiben. Seine 1996 erschienene Analyse blieb freilich nicht ohne Widerspruch. In D&E Heft 66 (2013) hat z. B. Dieter Fuchs anhand der Auswertung von Eurobarometer-Umfragen zeigen können, dass sich immerhin bei rund der Hälfte der Unionsbürger und Unionsbürgerinnen neben der nationalen inzwischen durchaus auch eine europäische Identität nachweisen lässt. Diese »europäische Identität« lässt sich aber heutzutage nicht mehr verordnen. Die EU hatte dies auf ihrem Gipfeltreffen 1973 in Kopenhagen deshalb wohl eher auch als Ziel des Integrationsprozesses ausgegeben (»Dokument über die Europäische Identität«). Zudem wird sie sich über kurz oder lang wohl auch höchstens als Teil einer multiplen Identität, einer Identität also neben der regionalen und nationalen, herausbilden können. Voraussetzung dafür dürfte eine gemeinsame Erfahrung, vor allem aber auch die Kenntnis der jeweils nationalen Narrationen sein.

Geschichtsschreibung ist somit nicht starr, sondern formbar. Die Zeit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Holocaust, aber auch die vielfältigen Formen der Aufarbeitung der Kollaboration mit den Nationalsozialisten bieten dafür besonders anschauliche Beispiele. Dies setzt sich ebenso deutlich in der perspektivischen Darstellung der Ereignisse der Nachkriegsgeschichte, zumal in der Zeit des sogenannten »Kalten Krieges« fort. Die fortan bipolare Aufteilung in Ost und West prägte in den Folgejahren die Geschichtsschreibung essentiell. Ähnlich prägend sind die Wandlungsprozesse im Prozess der Entkolonialisierung und nach Ende des Kalten Krieges die Aufarbeitung kommunistischer Herrschaft im Osten Europas verlaufen.

Die Gefahr, dass staatlicherseits geprägte Geschichtsbilder etabliert werden, besteht zwar vor allem in nicht-pluralistischen politischen Systemen. Doch auch in Demokratien wird mit Geschichte und ihrer Narration häufig Politik gemacht, häufig allein schon

dadurch, dass im Geschichtsunterricht an den Schulen vorwiegend die jeweilige Nationalgeschichte gelehrt und gelernt wird. Nationale Narrationen werden durch öffentliche Repräsentanten zudem favorisiert und damit nicht selten zementiert. Allerdings haben es »Meistererzählungen« heute immer schwerer, in der Öffentlichkeit unhinterfragt zu bestehen. Plurale Gesellschaften lassen in der Regel einseitige Perspektiven der Indoktrination nicht mehr zu.

Und die Begegnungen in Europa, die mobilen Gesellschaften und Migrationsprozesse fordern ohnehin Multiperspektivität. Die Bildungspläne in einigen EU-Mitgliedstaaten haben daraus bereits ihre Lehren gezogen. Aber noch überwiegt deutlich die jeweils nationale Traditionspflege. Projekte wie das deutsch-französische Geschichtsbuch (Klett-Verlag) und die Aufarbeitung der polnisch-deutschen Geschichte in Schulbüchern (Cornelsen – Verlag) haben hier Pionierarbeit geleistet.

Die aktuelle Ausgabe von D&E knüpft hier an und versucht deshalb, die Nachkriegsgeschichte des Zweiten Weltkrieges aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Dies sollte die Leserinnen und Leser in die Lage versetzen, sich von der eigenen nationalen Perspektive mittels einer Selbstdistanzierung frei zu machen und in der Konfrontation mit anderen Perspektiven zu einer selbstständigen Urteilsbildung zu finden. Dies schließt auch die jeweiligen nationalen Diskurse mit ein.

Professorin Dr. **Gabriele Clemens** bezieht in ihrem Beitrag »Europäische Föderationspläne, intergouvernementale Kooperationen und supranationale Aufbrüche in Westeuropa« zunächst die europäische Perspektive, indem sie sowohl zivilgesellschaftliche als auch

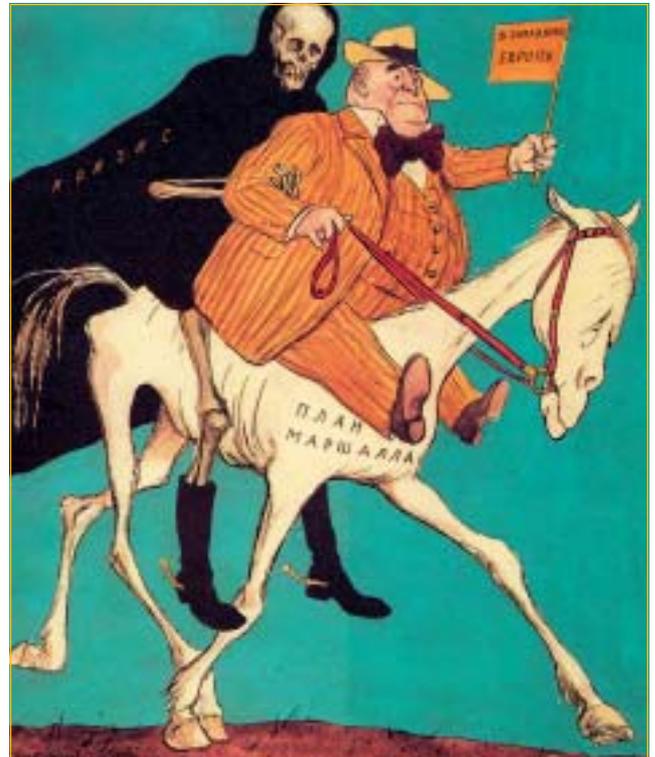


Abb. 3 »Der Marshall-Plan«, 1949, Russische Karikatur, Bildbeschriftung: auf dem Gerippe: Krise; auf dem Pferd: Marshallplan; auf der Fahne: nach Westeuropa, gefunden im Archiv der Russischen Staatsbibliothek, 1980

© Kukryniksy, dpa, picture alliance

Regierungsinitiativen zu einer westeuropäischen Integration beschreibt, die schließlich in die »EGKS«, die »Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl«, kurz »Montanunion«, münden. Diese nur wenige Jahre nach dem Krieg entstandene Institution vermochte es, bislang nationale Souveränitätsrechte im Bereich der kriegswichtigen Kohle- und Stahlproduktion auf eine überstaatliche (»supranationale«) Ebene zu heben und damit – auch mit ihrem Institutionengefüge – als Vorbild der heutigen Europäischen Union zu gelten. So mutig dieser Schritt aus heutiger Sicht auch anmutet, anzumerken ist dabei auch, dass er deutliche Züge eines Eliteprojekts trug. Die Skepsis gegenüber den Deutschen in den Nachbarländern dürfte so kurz nach dem Krieg ein nahezu unüberwindbares Hindernis gewesen sein.

Weitergehende Integrationschritte wie z. B. die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (»EVG«) scheiterten dann auch am Widerstand der französischen Nationalversammlung. Dies galt auch für Pläne für eine »Europäische Politische Gemeinschaft« (»EPG«) der sechs Gründungsstaaten der EGKS. Somit wurden bereits bei der Gründung der Montanunion im Jahre 1952 die fehlende Bürgerbeteiligung, die Schwierigkeiten beim politischen und militärischen Integrationsprozess sowie die Dominanz des intergouvernementalen Ministerrats bei weiteren Integrationschritten offensichtlich.

Trotzdem gelang es, mit der Hohen Behörde und einer parlamentarischen Versammlung jene supranationalen Institutionen zu schaffen, die auch heute noch in ihrem Kern prägend für die »Europäische Kommission« und das »Europäische Parlament« als Vorbilder dienen. Das heute viel zitierte »Demokratiedefizit« der EU war im Kern in der »Montanunion« angelegt, wenngleich es auch heute nach vielfältigen Prozessen der Vertiefung und Erweiterung eine ganz andere Qualität bekommen hat.

### Kalter Krieg und Marshall-Plan-Hilfen: Katalysatoren der westeuropäischen Einigung

Eine zentrale Rolle für die westeuropäische Integration spielten nach 1945 nicht nur die politischen Umstürze und Gleichschaltungen in den von der sowjetischen Armee besetzten Gebieten in Mittel- und Osteuropa, sondern auch die von den USA als Wiederaufbauprogramm formulierte »Marshall-Plan-Hilfe«. Das »European Recovery Program« (»ERP«) war ein Wirtschaftswiederaufbauprogramm der USA, das nach dem Zweiten Weltkrieg dem an den Folgen des Krieges leidenden Westeuropa zugute kam, prinzipiell aber auch den osteuropäischen Staaten angeboten wurde. Es bestand, vereinfacht ausgedrückt, aus Krediten, Rohstoffen, Lebensmitteln und Waren, vor allem aus den USA. Das 12,4-Milliarden-Dollar-Programm wurde am 3. April 1948 vom Kongress der Vereinigten Staaten verabschiedet und noch am selben Tag von US-Präsident Harry S. Truman in Kraft gesetzt. Im gesamten Zeitraum (1948–1952) leisteten die USA bedürftigen Staaten der »Organisation for European Economic Cooperation« (OEEC) Hilfen im Wert von insgesamt 13,1 Milliarden Dollar. Die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten wurden ebenfalls zu den Beratungen über die Hilfe der USA eingeladen. Sie zogen sich jedoch bald daraus zurück und verboten den osteuropäischen Staaten, die unter ihrem Einfluss standen, sogar jede Teilnahme, auch der vor 1948 noch demokratisch regierten Tschechoslowakei.

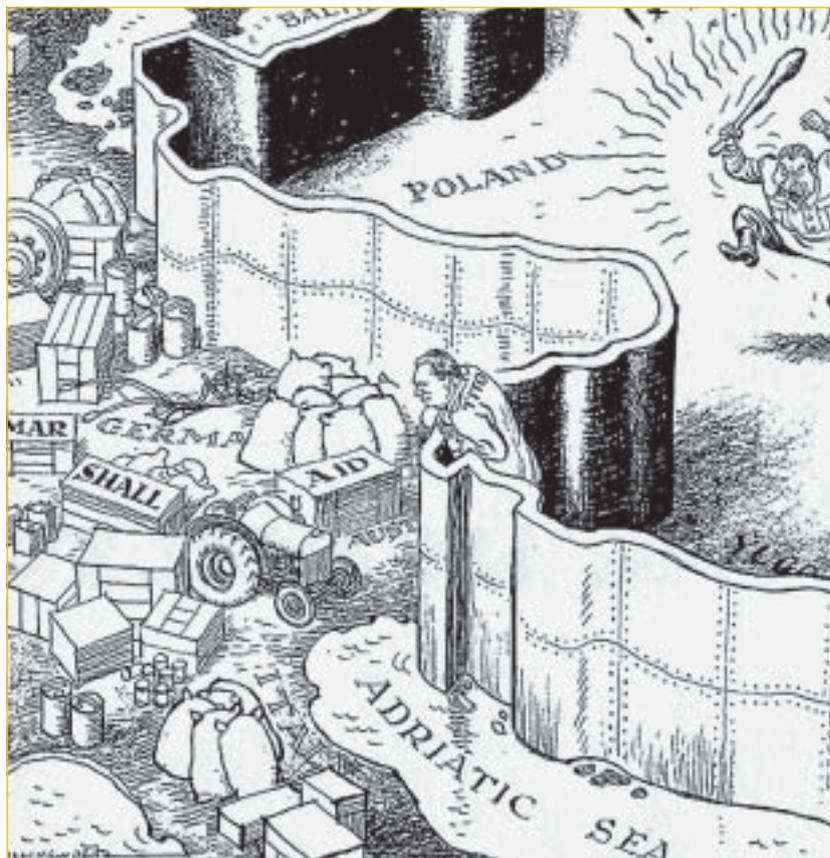


Abb. 4 »Iron Curtain and Marshall Aid« © Leslie Gilbert Illingworth, GB, Juni 1948,

Der Auslöser für die Entscheidung, die europäischen Länder einschließlich Deutschland zu unterstützen, war der beginnende Kalte Krieg. Als Reaktion u. a. auf den Bürgerkrieg in Griechenland verkündete Truman am 12. März 1947 die Truman-Doktrin, nach der die USA alle »freien Völker« im Kampf gegen totalitäre Regierungsformen unterstützen würden. Griechenland war den Beschlüssen der Kriegskonferenzen zufolge britisches Einflussgebiet. Trotzdem unterstützte die Sowjetunion offen die dortigen Kommunisten im Bürgerkrieg.

Schon vor der Bekanntgabe des Marshallplanes gab es Pläne zum Wiederaufbau Europas. US-Außenminister James F. Byrnes präsentierte in einer Rede in Stuttgart am 6. September 1946 z. B. bereits eine frühe Version des Planes.

Die lange Zeit bevorzugte Alternative zum Aufbau Europas durch amerikanische Mittel war jedoch, die dafür notwendigen Mittel als Reparationen von Deutschland zu fordern, ähnlich wie das nach dem Ersten Weltkrieg im Versailler Friedensvertrag niedergelegt worden war. Noch 1944 wurde der vom US-Finanzminister und nach ihm benannte »Morgenthau-Plan« entwickelt. Der Plan sah eine mehrfache Teilung Deutschlands und den systematischen Abbau von Industrieanlagen vor, um es Deutschland unmöglich zu machen, jemals erneut für einen Krieg aufzurüsten. Mit den demontierten Anlagen sollten gleichzeitig die im Zweiten Weltkrieg angegriffenen Staaten wieder aufgebaut werden.

Einen ähnlichen Weg verfolgte im Übrigen auch der erste Plan des Franzosen Jean Monnet, nach dem Frankreich die Kontrolle über die deutschen Steinkohlevorkommen im Ruhrgebiet und Saarland bekommen sollte. Jean Monnet war später einer der aktivsten Befürworter der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der EGKS.

Auch in der Potsdamer Konferenz im August 1945 wurde neben der Demokratisierung, der Denazifizierung, der Demilitarisierung, der Dezentralisierung von Deutschland die Demontage der Industrieanlagen beschlossen. Und noch 1946 einigten sich die vier Besatzungsmächte auf einen strengen Zeitplan für die Dein-



Abb. 5 »Erfinder der NATO: Truman and Churchill.«, zeitgenössische russische Karikatur, Bildbeschreibung: linker Hut: Nato, rechter Hut: Pentagon; auf dem Plakat: »Wir gründen die Nato zum Schutz vor der sowjetischen Bedrohung«

© Kukryniks, picture alliance, gefunden in der Russischen Staatsbibliothek, Moskau 1980

dustrialisierung Deutschlands. Endgültig und offiziell endete der Abbau von Industrieanlagen aus Deutschland sogar erst 1950. Angesichts der immer stärker zutage tretenden Armut und des Hungers im besetzten Deutschland sowie des öffentlichen Widerstandes gegen die Demontage wurden die ursprünglichen Pläne jedoch wieder aufgegeben. Allerdings setzten sich in der »Direktive JCS 1067«, die die Grundlage für die US-Besatzungspolitik bis Juli 1947 in Deutschland bildete, die ursprüngliche Position dennoch fort. Ohnehin waren das Saarland und Oberschlesien, an Bodenschätzen reiche Gebiete, von Deutschland abgetrennt. Und auch das Ruhrgebiet war bis 1947 von verschiedenen Abtrennungsszenarien bedroht.

Der Nahrungsmittelmangel und drohende Hungersnöte in Europa prägten die Situation allerdings zusehends. Davon blieb die US-amerikanische Öffentlichkeit nicht unbeeindruckt. Besonders schlimm war die Situation in Deutschland, wo jeder Bürger 1946/1947 im Durchschnitt gerade noch unzureichende 1800 Kilokalorien pro Tag zu sich nehmen konnte. Der US-Staatssekretär William Clayton berichtete gar, dass »Millionen von Menschen langsam verhungern«. (Fossedal, in: Die Zeit vom 6. November 1946). Ähnlich wichtig für die Verschärfung der Situation war der Mangel an Kohle, der durch den schweren Winter 1946/1947 und die Zerstörung der Transportrouten im Zweiten Weltkrieg noch einmal verschärft worden war. Das humanitäre Ziel, diese Notlage zu beenden, war sicher ein wesentlicher Grund für den Marshall-Plan. Zudem klagten vor allem die Briten über enorme Besatzungskosten für ihre Zone.

In einigen Staaten Westeuropas wie Frankreich und Italien unterstützte die Armut zudem den Wahlerfolg kommunistischer und

sozialistischer Parteien, die zuvor in den Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg neues Ansehen erhalten hatten. Und auf deutschem Boden war mit der Sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, eine kommunistische Entwicklung nach sowjetischem Vorbild eingeleitet worden, die zunächst durchaus auch einige Anhänger im westlichen Deutschland fand. Sozialisierungsforderungen waren jedenfalls so populär, dass sie Eingang in einige Landesverfassungen und ins Grundgesetz fanden.

Der Marshall-Plan sollte dagegen zur Stabilisierung der marktliberalen und demokratischen Kräfte beitragen, zumal in einer Zeit, in der sich zunehmend Tendenzen der Entkolonialisierung breit machten. Die ehemaligen Welt- und Kolonialmächte (insbesondere Frankreich und Großbritannien) waren gerade auf dem besten Weg, ihre globale Präsenz endgültig zu verlieren. Das Vereinigte Königreich von Großbritannien war nach dem Krieg zudem am Rande der Zahlungsunfähigkeit und von innenpolitischen Auseinandersetzungen geprägt, so dass z. B. der britische Premierminister Winston Churchill von den Konservativen mitten in der Potsdamer Konferenz durch den Labour-Premier Clement Attlee abgelöst wurde.

Professor Dr. **Franz-Josef Brüggemeier** beschreibt in seinem Beitrag »Großbritannien und Europa. Churchills Europa-Rede und die Nachkriegspolitik des Vereinigten Königreichs« deutlich, wie sehr Großbritannien selbst an den internationalen Wandlungsprozessen und innenpolitischen Verwerfungen litt. Die geradezu legendäre Europa-Rede des damaligen Oppositionsführers Winston Churchill in Zürich forderte im sich abzeichnenden Kalten Krieg deshalb eine rasche Einigung Europas

und vor allem die enge Zusammenarbeit von Frankreich und Westdeutschland. Churchill war sich als genauer Beobachter der Strategie Stalins dabei sicher bewusst, dass dies zunächst nur eine westeuropäische Einigung sein konnte. Schließlich war es Churchill, der zuerst vom »Eisernen Vorhang« gesprochen hatte. Weniger beachtet wird dabei zumeist, dass Churchill beim Gedanken an eine europäische Einigung keineswegs auch an Großbritannien gedacht hatte. Er hatte bei seinen visionären Ideen den »Kontinent« im Auge. Für Großbritannien standen das Commonwealth und die Nähe zu den USA viel deutlicher im Vordergrund.

Und trotzdem: Solch supranationale Gedankenspiele hatte es zuvor fast nur in sozialistischen Kreisen oder in christlich orientierten Zirkeln wie denen des Grafen Coudenhove-Kalergi und seiner Paneuropa-Bewegung gegeben. Sie beflügelten zivilgesellschaftliche, aber auch gouvernementale europäische Initiativen enorm. Auch Frankreich konnte und wollte sich dem bipolaren Druck auf Dauer nicht widersetzen. Professor Dr. **Henri Ménuvier** beschreibt den raschen Wandlungsprozess in Frankreich in seinem Beitrag »Aus Feinden wurden Freunde. Deutsch-französische Beziehungen von 1945 bis 1963« eindringlich.

Eine wesentliche Rolle spielten dabei die Marshall-Plan-Gelder, auch wenn deren ökonomische Effizienz und Effektivität für den Aufbau in Westeuropa in den letzten Jahren immer häufiger hinterfragt wurden (z. B. Abelshäuser). Die EGKS wurde zur ersten supranationalen europäischen Institution. Allerdings verhinderte die französische Nationalversammlung weitergehende Integrationsversuche der Regierung Plevin in Form der EVG, der »Europäischen Verteidigungsgemeinschaft«.

Den in Washington, USA, regierenden Demokraten unter Harry Truman war rasch klar geworden, dass sich die Vereinigten Staaten von Amerika nicht mehr wie noch nach dem Ersten Weltkrieg in eine isolationalistische Position zurückziehen sollten. Insbesondere liberale amerikanische Wirtschaftskreise und Großindustrielle sowie die Agrarlobby drängten die US-Regierung dazu, mit Europa langfristig einen Absatzmarkt für US-amerikanische Waren und Güter aufzubauen, auch um die im Krieg entstandene enorme Überproduktion des amerikanischen Industrie- und Agrarmarktes abzubauen. Amerikanische Vorstellungen vom liberalen Markt und vom »Segen des freien Unternehmertums« sowie des amerikanischen Führungsstils in Unternehmen sollten fortan die »freie Welt zu Wohlstand und Demokratie« führen.

So hatte Trumans Eindämmungspolitik (»containment«) gegenüber der kommunistischen Herausforderung durch die UdSSR – und ab 1949 auch der späteren Volksrepublik China – stets eine stark ökonomische Dimension. Der bipolare Gegensatz zwischen den beiden Großmächten USA und UdSSR war militärisch, weltanschaulich und ökonomisch fortan der dominante globale Konflikt über mehr als 40 Jahre lang. Ob sich Europa, genauer Westeuropa, hier als weitere Kraft erhalten könnte, blieb zunächst offen. Die europäischen Nationalstaaten jeweils allein, so wurde vielen klar, konnte diese Lücke nicht schließen.

Teil dieser Strategie war auch die Gründung eines souveränen Westdeutschlands, der Bundesrepublik Deutschland. **Johannes Gienger** beschreibt in seinem Beitrag: »Westdeutschland und die Bundesrepublik Deutschland nach 1945 – Westintegration als Leitbild« den Weg der drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands zur Bundesrepublik Deutschland und die sich in ihr abzeichnenden Dispute über die Zukunft Gesamtdeutschlands. Strittig war z. B., ob die Westorientierung, die die Bundesregierung unter Konrad Adenauer, CDU, einschlug, nicht die Chancen auf eine mögliche deutsche Einigung verbaute, wobei es zu den damaligen unverrückbaren Positionen aller deutscher Parteien gehörte, dass zu einer deutschen Einigung auch die ehemaligen Ostgebiete zu gehören hätten (vgl. Plakat: »Dreigeteilt- niemals!«).

## ■ Die bipolare Welt: der Ost-West-Konflikt

Im Jahr 1945 wurden amerikanische Atombomben über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen und nur vier Jahre später wurde die erste sowjetische Atombombe gezündet. Die Auseinandersetzungen der Alliierten um Deutschland («Die deutsche Frage»), die spektakuläre Berlin-Blockade (1948/49), der kommunistische Staatsstreich in der Tschechoslowakei, der (»erste oder französische«) Indochina-Krieg (1946–1954) sowie der Korea – Krieg (1950–1953) machten deutlich, dass die Welt in einen bipolaren Gegensatz geraten war. Die europäischen Staaten, die viele Jahrhunderte lang die Weltpolitik maßgeblich bestimmt und nicht wenige Weltregionen »europäisiert« hatten, mussten ihre Position im System der internationalen Politik neu justieren. Seit 1945 bildeten sie nicht mehr das Gravitationszentrum der Weltpolitik, vielmehr fanden sie sich an den Rändern zweier globaler Machtssysteme wieder, die in einem ideologisch und ökonomisch begründeten Systemkonflikt miteinander lagen. Wirkliche Entscheidungsfreiheit hatten in zentralen Fragen der internationalen Politik jetzt nur noch die beiden Nuklearmächte USA und Sowjetunion (vgl. Grießinger, 2007).

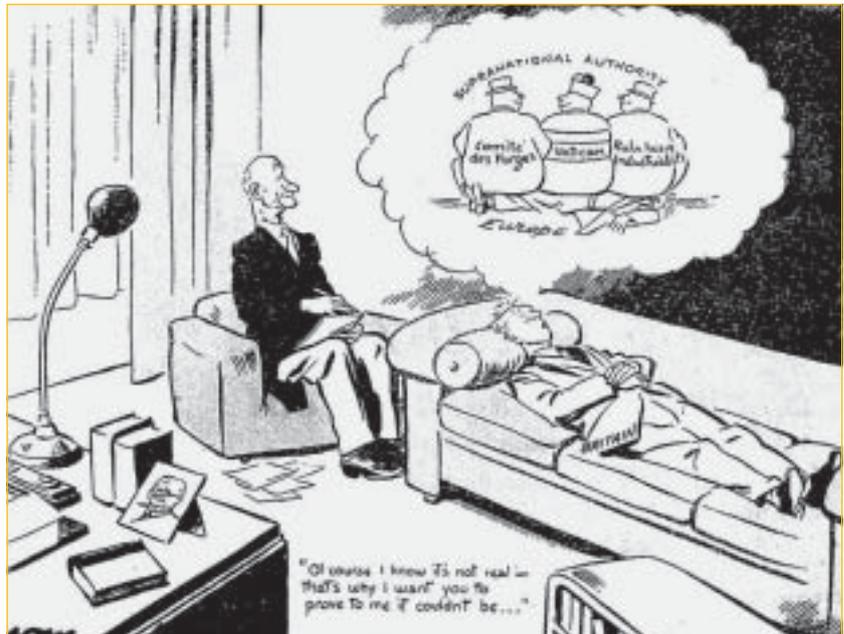


Abb. 6 »Political Psychiatry at M. Schuman's«

© David Low, Associated Newspaper/ Solo Syndication, London, ursprünglich in: Daily Herald. 13.06.1950

In den Nachkriegsjahren baute die Sowjetunion ihre Vormachtstellung gegenüber ihren ost-, mittel- und südosteuropäischen Satellitenstaaten immer weiter aus und gewann mit der 1949 von Mao Zedong gegründeten Volksrepublik China zudem einen mächtigen Bundesgenossen. Darauf reagierten wiederum die USA mit enormen Rüstungsanstrengungen sowie dem Aufbau multi- und bilateraler Militärbündnisse, von denen die 1949 gegründete NATO das wichtigste war. Ihre wirtschaftliche Ergänzung bildete der bereits 1947 verkündete Marshallplan. Dem 1948 unterzeichneten OEEC-Vertrag (auf deutsch: »Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit«), der den ersten Schritt einer amerikanisch-westeuropäischen Wirtschaftskooperation bildete, setzte die Sowjetunion ein Jahr später den »Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe« (RGW) entgegen. Im militärischen Bereich war dies der »Warschauer Pakt«, in den die UdSSR ihre Satellitenstaaten zunehmend zwang.

In dieser Systemkonkurrenz drängten die USA schließlich auf die rasche Gründung eines westdeutschen Staates, der gemeinsam mit den anderen westeuropäischen Ländern einen ökonomisch-militärischen Beitrag zur »containment policy« gegenüber dem als weltweit expansiv wahrgenommenen Kommunismus leisten sollte. Frankreich, das im Gegensatz dazu nach 1945 zunächst das Wiedererstehen eines deutschen Gesamtstaates um jeden Preis verhindern wollte, sah sich angesichts seiner finanziellen und militärischen Abhängigkeit von den USA Ende der vierziger Jahre nunmehr zu einem abrupten deutschlandpolitischen Kurswechsel gezwungen. Statt der bisher angestrebten Politik direkter Kontrolle durch Beherrschung entschied es sich nun für eine Politik indirekter Kontrolle durch Zusammenarbeit. Die vom französischen Außenminister Robert Schuman 1950 initiierte »Montanunion«, die gemeinsame Organisation des Marktes für Kohle und Stahl, stellte den ersten Schritt im Prozess der französischen Umorientierung dar. Der ein Jahr später unterzeichnete »EGKS-Vertrag« (»Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl«) bot einerseits der französischen Stahlindustrie Zugang zu den dringend erforderlichen Rohstoffimporten, andererseits erhielt Frankreich die Möglichkeit der indirekten Kontrolle des Ruhrgebiets.

Die westdeutsche Bundesregierung trat unter Bundeskanzler Konrad Adenauer der Montanunion trotz der französischen Kontrollabsichten ohne Zögern bei, denn unpopuläre Konzessionen waren der Preis, den die Bundesrepublik für eine Rückkehr in die



Abb. 7 »Träumerei von Robert Schuman«  
© Felix Mussil, Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 22.6.1950, www.cvce.eu

europäische und die internationale Politik zu bezahlen hatte. Eine weitere demonstrative Konzession an das französische Sicherheitsbedürfnis machte Adenauer beim Beitritt zum Europarat im gleichen Jahr, an den Frankreich die Bedingung geknüpft hatte, dass gleichzeitig das unabhängige Saarland als assoziiertes Mitglied aufzunehmen sei. Erst im Jahre 1957 wurde das Saarland Teil der Bundesrepublik Deutschland. Damit hatte der westeuropäische Integrationsprozess eine Dynamik entfaltet, die die USA entschieden unterstützten, weil sie sich von ihr mit guten Gründen eine Formierung der ökonomischen Kräfte Westeuropas im Kampf gegen den Kommunismus versprachen (vgl. Gießinger 2007).

Die bundesrepublikanische Opposition, vor allem die SPD, sahen darin allerdings eine endgültige Absage an alle Vereinigungsszenarien im Konsens mit der UdSSR. Noch 1952 hatte Stalin in mehreren Noten an die Westalliierten und die Bundesregierung eine mögliche Vereinigung der BRD und DDR mit freien Wahlen angeboten, wenn sich dieses vereinte Deutschland militärisch und politisch zur Neutralität verpflichtete, einen Weg, den z. B. die Republik Österreich nach 1945 erfolgreich gegangen war. Die deutsche Bundesregierung unter Adenauer traute jedoch Stalin nicht und verfolgte konsequent ihren Weg der Westintegration.

### Sowjetisierung von Mittel- und Osteuropa unter Stalin

Herbert Kohl beschreibt in seinem Beitrag: »Die Sowjetisierung in Osteuropa und Ostdeutschland«, wie die UdSSR aus den einst souveränen osteuropäischen Staaten, aber auch der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland (»SBZ«) nach und nach Satellitenstaaten formte und sie militärisch, politisch und ökonomisch in Abhängigkeit trieb. Sogar der bis 1948 noch demokratisch regierten Tschechoslowakei verbot Stalin, Marshall-Plan-Gelder anzunehmen. Die Niederschlagung der Aufstände von 1953 in der DDR

und 1956 in Ungarn sowie 1968 in der CSSR durch Panzer der UdSSR belegen, mit welcher brutaler Härte die Sowjetunion gewillt war, ihren Machtbereich auch militärisch abzusichern. Als Staat, der zahlenmäßig am meisten unter der deutschen Aggression im Zweiten Weltkrieg gelitten hatte, leitete die UdSSR ihren Anspruch ab, nunmehr als neue Weltmacht ihren Einflussbereich imperialistisch auszudehnen und abzusichern.

Dabei setzte sie ihre Ansprüche rigoros durch, im Falle Polens anfänglich sogar mit Unterstützung der Siegermächte USA und Großbritannien. So wurde im Potsdamer Abkommen vom August 1945 u. a. die »Westverschiebung« Polens und die Übergabe Ostpreußens an die Sowjetunion, wenn auch formal als Übergangslösung, beschlossen. Die gleichfalls vereinbarten Vertreibungen deutschstämmiger Bewohner in Osteuropa bedeutete gleichzeitig auch die Ansiedlung von Polnischstämmigen aus Ostpolen in jene Gebiete, die vor dem Zweiten Weltkrieg zu Deutschland gehört hatten. Vorher hatten bereits die Nationalsozialisten in Polen umfangreiche und grausame Umsiedlungen während ihrer Besatzungszeit umgesetzt. Polen war nun zwar wieder eine »selbstständige Republik«, politisch, militärisch und ökonomisch aber nunmehr deutlich dominiert von der UdSSR und dem dortigen Politbüro der KPdSU.

Manfred Mack schreibt in seinem Beitrag »Deutschland und Polen: von Hass und Beziehungslosigkeit bis zu den ersten Ansätzen einer Verständigung« insbesondere die schwierigen Beziehungen der Republik Polen zur Bundesrepublik Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren. Nach den unbeschreiblichen Verwüstungen und Demütigungen Polens, den zahlreichen Umsiedlungen und nicht zuletzt dem Bau deutscher Konzentrations- und Massenvernichtungslagern auf polnischem Boden verwundert es wenig, wenn der Autor hier bei weiten Teilen der polnischen Bevölkerung von »Hass« redet. Und auch bei vielen deutschen Vertriebenen sah es nicht anders aus.

Erst Ende der sechziger bzw. Anfang der siebziger Jahre gelang es dann Bundeskanzler Willy Brandt, SPD, im Rahmen der Ostpolitik erste Annäherungsversuche und einen zaghaften Dialog zu initiieren. Willy Brandts Kniefall in Warschau vor einem Denkmal des Warschauer Ghettos wurde deshalb weltweit als symbolische Geste bewundert, in der Bundesrepublik gab es allerdings darüber heftige Auseinandersetzungen, die im Zusammenhang mit den Ostverträgen lange Zeit vom »Ausverkauf deutscher Interessen« sprachen. Die in Manfred Macks Beitrag belegten Dispute um das im Bau befindliche Zentrum der »Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung« in Berlin zeigen, dass hier noch längst nicht alle Wunden geheilt sind. Und die erst nach dem Ende des kalten Kriegs 1989 gewonnene Souveränität Polens führte das Land zwar bereits 2004 in die EU, die Aufgabe von Souveränitätsrechten an eine supranationale Organisation fällt heute aber immer noch vielen osteuropäischen Staaten schwer.

### Erste Schritte zur westeuropäischen Einigung

Insgesamt standen die ersten westeuropäischen Integrationschritte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich unter dem Druck des Kalten Krieges, seinen politischen, militärischen, ökonomischen und ideologischen Gegensätzen. Ohne diesen Druck von außen sind die trotz allem schnellen Integrationsschritte kaum zu erklären. Die neu entstandenen Institutionen spiegeln aber bis heute das Dilemma der europäischen Einigung wider: Es geschah weitgehend als Eliteprojekt ohne Bürgerbeteiligung. Erst mit den Direktwahlen zum Europäischen Parlament und der Stärkung der Rechte des EPs im Lissabonner Vertrag wurde hier einiges nachgeholt. Trotz der zunehmenden Spannung mit der Russischen Konföderation ist eine starke Bedrohung von außen derzeit nicht auszumachen. Integration und fortschreitende Vergemeinschaftung kann heutzutage deshalb nur über einen langwierigen Überzeugungsprozess und zivilgesellschaftlicher Partizipation erfolgen.

## Literaturhinweise

Abelshauer, Werner (2011): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart. Lizenzausgabe BpB, Bonn.

Applebaum, Anne (2013): Der eiserne Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944–1956. Siedler-Verlag, München.

Greiner, Bernd, u. a. (Hrsg.) (2010): Ökonomie im Kalten Krieg. Lizenzausgabe bpb, Bonn.

Fuchs, Dieter (2013): Probleme bei der Herausbildung einer europäischen Identität. in: D&E Heft 66, S. 8–17. [www.deutschlandundeuropa.de](http://www.deutschlandundeuropa.de)

Herbert, Ulrich (2014): Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. C. H. Beck, München.

Kalb, Jürgen (2015): Identität, Europäische, in: Bergmann (Hrsg.): Handbuch der Europäischen Union. 5. Auflage. Nomos-Verlag, Baden-Baden

Kielmannsegg, Peter Graf (1996): Integration und Demokratie. in: Jachtenfuchs/ Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen. S. 54–57

Mack, Manfred, Kneipp, Matthias (2007): Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen. Cornelsen Verlag, Berlin

Loth, Wilfried (2014): Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte. Campus Verlag, Frankfurt/New York.

Mittag, Jürgen (2008): Kleine Geschichte der Europäischen Union. Von der Europaidee bis zur Gegenwart. Aschendorff Verlag, Münster.

Ther, Philipp (2012): Die dunkle Seite der Nationalstaaten. »Ethnische Säuberungen« im modernen Europa. Lizenzausgabe bpb, Bonn.

Wehler, Hans-Ulrich (2008/2010): Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949–1990 Band V. Lizenzausgabe bpb Bonn. (Band IV 1914–1949 ebenfalls als Lizenzausgabe bei bpb, Bonn)

## Internetlinks

»Chroniknet«: Archiv zeitgeschichtlicher Dokumente und Bilder in Themen und Jahrgängen. [www.chroniknet.de/](http://www.chroniknet.de/)

»Deutschland Archiv Online« der Bundeszentrale für politische Bildung bietet wissenschaftlich fundierte, allgemein verständliche Beiträge zur gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte und zum deutschen Einigungsprozess im europäischen Kontext. [www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/](http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/)

Dokument-Archiv – Quellen zur Deutschen Geschichte: [www.documentarchiv.de](http://www.documentarchiv.de)

»Docupedia-Zeitgeschichte«. Nachschlagewerk zu zentralen Begriffen, Konzepten, Forschungsrichtungen und Methoden der zeithistorischen Forschung. <http://docupedia.de/zg/Hauptseite>

»Europa.eu«: Geschichte der Europäischen Union. Europa.eu ist die offizielle Website der Europäischen Union und wird von der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben, [http://europa.eu/about-eu/eu-history/1945-1959/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/eu-history/1945-1959/index_de.htm)

»Europäische Nationalgeschichten«. Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 1/2, 2008: [www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/31482/europaeische-nationalgeschichten](http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/31482/europaeische-nationalgeschichten)



Abb. 8 »Having Trouble with the Cold War Team«

© John Collins, 1952, McCord Museum Kanada

»Europeana«: Portal der EU zur europäischen Geschichte und Kultur. Europeana vernetzt zahlreiche europäische Archivanbieter. [www.europeana.eu/portal/](http://www.europeana.eu/portal/)

»Geschichte als Instrument« (bpb) Apuz 42/43 2013, [www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/170172/geschichte-als-instrument](http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/170172/geschichte-als-instrument)

Grießinger, Andreas (2013): Mehr Demokratie? Zivilgesellschaftliche Bewegungen in Deutschland und Europa von 1945–1990, in: D&E Heft, [www.deutschlandundeuropa.de/65\\_13/buergerbeteiligung.htm](http://www.deutschlandundeuropa.de/65_13/buergerbeteiligung.htm)

Grießinger, Andreas (2007): Integration und Interesse – 50 Jahre Römische Verträge, D&E Heft 54, [www.deutschlandundeuropa.de/54\\_07/wirtschaft\\_sozial.htm](http://www.deutschlandundeuropa.de/54_07/wirtschaft_sozial.htm)

»Hamburg Wissen Digital«: Umfangreiches Archiv historischer Quellen. [www.hamburgwissen-digital.de/themen/geschichte.html](http://www.hamburgwissen-digital.de/themen/geschichte.html)

»LeMO«: Lebendiges Museum Online ist das Online-Portal zur deutschen Geschichte des Deutschen Historisches Museums in Berlin. [www.dhm.de/lemo](http://www.dhm.de/lemo)

»Stiftung Haus der Geschichte« (mit Suchfunktion in den Archiven): [www.hdg.de/stiftung/](http://www.hdg.de/stiftung/)

»Universum«: Archiv der Justus-Liebig-Universität in Gießen zur Europäischen Einigung. [www.uni-giessen.de/cms/kultur/universum/geschichte/phaenomen-europa](http://www.uni-giessen.de/cms/kultur/universum/geschichte/phaenomen-europa)